

Weltkarte »Ökologischer Fußabdruck« – Größe der einzelnen Länder nach dem Produkt von durchschnittlichem ökologischem Fußabdruck und Bevölkerungszahl im Jahr 2000; am raumgreifendsten die USA (sehr großer individueller Fußabdruck), China und Indien (sehr große Bevölkerung).

# Neue Wege gehen

So, wie wir heute leben, können wir nicht weiterleben. Wir meint wir Deutschen, wir Westeuropäer, wir Bewohner reicher Industrieländer auf der Nordhalbkugel. Unser Lebensstil verschlingt zu viele Ressourcen, verbraucht zu viel Energie und bedroht das Weltklima. Um uns selbst und den Generationen nach uns eine lebenswerte Umwelt zu erhalten und zugleich dem meist bitterarmen Teil der Menschheit im Süden Raum für eine Entwicklung zu mehr Wohlstand zu geben, müssen wir unseren »ökologischen Fußabdruck« stark verkleinern. Wie ist das möglich, ohne unser Leben gänzlich umzustellen? Blättern Sie um!

Lesen Sie in unserem Titelthema außerdem über Strategien gegen den verheerenden Zwang zu stetigem Wachstum; über die Frage »Fleisch essen oder nicht?« als einen Aspekt unseres Lebensstils; darüber, wie die Kirche sich selbst und ihre Mitglieder mit Umweltengagement für die Zukunft rüsten kann; und welche Anreize die Politik geben muss, damit wir alle verträglicher leben können.

# Wo liegt das Problem?

Um die komplexen Spuren zu veranschaulichen, die jeder Mensch in seiner natürlichen Umwelt hinterlässt, hat sich als Maß der »ökologische Fußabdruck« eingebürgert. Was genau bezeichnet er, und warum ist er in unseren Breiten so eindeutig zu groß?

**S**elbst bescheidenste Ansprüche schützen nicht davor, unentwegt natürliche Güter zu verbrauchen. Ob wir essen, uns kleiden und wärmen, uns wohnlich einrichten oder von A nach B gelangen: Egal was wir tun, wir nutzen Rohstoffe und verbrauchen Energie. Welche Naturfläche ist nötig, um unseren Rohstoffbedarf bereitzustellen – vom morgendlichen Kaffee bis zur CD, die wir nachts vor dem Einschlafen hören? Und wie viel Fläche ist nötig, um unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoß wieder in Biomasse zu speichern? Die Antwort darauf ist unser persönlicher ökologischer Fußabdruck. Er bildet den Naturverbrauch unseres Konsums ab.

Was Wissenschaftler 1994 als bildhaftes Konzept entwickelten, lädt zu verschiedenen Rechenspielen ein – mit durchaus ernstem Hintergrund. So ist nur ein geschätztes Viertel der Erdoberfläche für den Menschen nutzbar: Fischgründe im Meeres- und Süßwasser, Acker- und Weideland sowie Wälder. Bedenkt man, dass wenigstens ein Zehntel dieser Fläche ungenutzt sein muss, um uns Menschen dauerhaft Ressourcen bereitzustellen, so bleiben etwa zehn Milliarden Hektar. Jedem einzelnen der gegenwärtig 6,8 Milliarden Menschen stehen also knapp 1,5 Hektar zur Verfügung. Das Problem: Bereits 2003 betrug der ökologische Fußabdruck der Menschheit 2,3 Hektar pro Person – und ist seither weiter gestiegen. Wir leben von der Substanz, und das kann auf Dauer nicht gut gehen.

Nun wissen wir alle: Der Wohlstand ist höchst ungleich über die Erde verteilt. Und je reicher ein Mensch, desto mehr konsumiert er in der Regel und desto größer ist sein Fußabdruck. Jeder Deutsche benötigt im Schnitt über 5,3 Hektar (2008), um seinen Bedarf an natürlichen Ressourcen und Energie zu decken. Das ist mehr als das 3,5-fache dessen, was uns die Erde auf Dauer liefern kann. Da die Menschheit ständig wächst, der nutzbare Teil der Erdoberfläche aber durch Übernutzung sinkt, wird sich dieses riskante Ungleichgewicht in Zukunft noch verschärfen.

Was heißt das für uns, die wir seit Langem auf viel zu großem Fuße leben? Wir müssen abspecken, und das auf zwei Ebenen. Zum einen sind Neuerungen technologischer, organisatorischer und produkttechnischer Art gefragt. Zum anderen müssen wir unser Verhalten anpassen, unseren Naturverbrauch senken.

Hauptsächlich der persönlichen Ebene gilt auf den nächsten Seiten unser Interesse – was die Politik nicht von ihrer Verantwortung freisprechen soll. Quer durch alle Parteien lässt sie ernsthafte Antworten auf diese Zukunftsfrage bislang vermissen. sz



Bildagentur-online/TIPS-Paolo Curto

# Klimahelden gesucht

Wie schaffen wir es, unseren Ressourcen- und Energieverbrauch signifikant zu senken? Wie finden wir zu einem global verträglichen Maß, ohne unser Leben völlig umzukrempeln? Dr. Michael Bilharz beschäftigt sich als Sozialwissenschaftler seit Langem mit der Förderung nachhaltigen Konsums. Er beschreibt, auf was wir uns konzentrieren sollten, wenn wir es denn ernst meinen.

**D**ie Aufgabe ist riesig, die Bedrohung real und der Wille zum Umsteuern vorhanden. Doch wenn Klimaschutz konkret wird, gibt es viel heiße Luft. Das war in Kopenhagen so – und ist zu Hause nicht anders. Was wir brauchen, sind Helden – Klimahelden. Nicht nur in der Politik oder in der Wirtschaft, auch im Alltag. Menschen, die nicht auf die Politik warten, sondern die Ärmel hochkrepeln. Nicht morgen, sondern heute.

## Blickwinkel erweitern

Doch wie wird man zu Klimaheldin oder Klimaheld? Energiesparlampe einschrauben, das Fahrrad aus dem Keller holen und eine Bionade trinken? Ganz so einfach sicher nicht. Nur weil man am Samstag joggen war, wird man nicht gleich zum Marathonläufer.

Das Umweltbundesamt hat vorgerechnet: Die globalen Treibhausgasemissionen müssen bis 2050 um mindestens die Hälfte sinken, damit wir das Minimalziel von maximal 2°C Erderwärmung erreichen können. Für Deutschland liegt die Messlatte höher: Minus 80 bis 95 % hält das Umweltbundesamt für nötig. Für den deutschen Durchschnitt heißt das: von heute rund elf auf unter zwei Tonnen CO<sub>2</sub> pro Person und Jahr.

Geht das, heute in Deutschland weniger als 2 t CO<sub>2</sub> pro Person zu verursachen? Nein, wenn man ehrlich ist.

Der CO<sub>2</sub>-Rechner des Umweltbundesamtes weist bereits für die öffentliche Infrastruktur 1,2 t CO<sub>2</sub>/Person aus. Selbst für eine rein vegane Ernährung fallen 1,2 t CO<sub>2</sub> an. Ein Flug nach New York und zurück schlägt gar mit 4 t CO<sub>2</sub> zu Buche.

Aber stellen wir die Frage anders: Geht das, 9 t CO<sub>2</sub>-Einsparung pro Jahr als Einzelperson anzustoßen? Ja, natürlich geht das. Denn es dreht sich hier nicht nur um »Ihr« CO<sub>2</sub>. Entscheidend ist die Frage: Was können Sie verändern, bei sich, aber auch bei anderen? Das ist bedeutend mehr, als eine private CO<sub>2</sub>-Diät durchzuführen. Der erweiterte Blickwinkel hat einen zusätzlichen Vorteil: Nach oben sind Ihnen als Klimaheld keine Grenzen mehr gesetzt.

## Dreiklang fürs Sparen

9 t CO<sub>2</sub>-Einsparung sind kein Pappenstiel, keine Frage. Klimaschutz ist Leistungssport, Heldentaten sowie so. Aber mit der richtigen Strategie schaffen Sie das. Ich empfehle folgenden Dreiklang:

### • Politisch sein

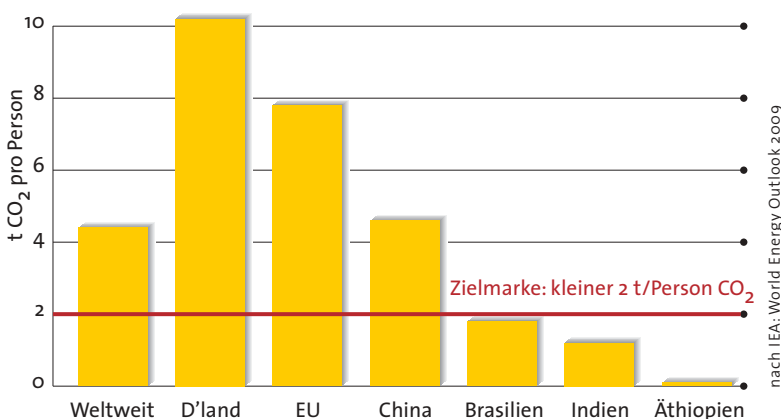
Seien Sie politisch: durch die Mitgliedschaft in einer Lobbyorganisation für mehr Klimaschutz (Beispiel: BUND) oder durch eigenes Engagement. Denn als freiwilliges Warenangebot hat Klimaschutz auf Dauer keine Chance. Es braucht Gesetze wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz, die Energieeinsparverordnung oder Grenzwerte für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Autos. Damit es zu solchen Gesetzen kommt, ist nicht nur der grüne Konsument gefragt, sondern auch und vor allem der engagierte Bürger.

### • Kompensieren

Kompensieren Sie Ihren gesamten CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei einem seriösen Anbieter wie »www.atmosfair.de«. Für 11 t zahlen Sie z.B. 250 € – und wenn Sie schon besser sind, natürlich weniger. Dies hat nichts mit Ablasshandel zu tun, sondern gleich mehrere Vorteile: Sie verschieben das Projekt »Klimaneutral leben« nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag, sondern setzen es heute um. Für Ihre Autofahrten fallen Ihnen 100 gute Ausreden ein, für die lang ersehnte Fernreise sicher auch. Aber gibt es einen Grund, heute noch nicht zu kompensieren?

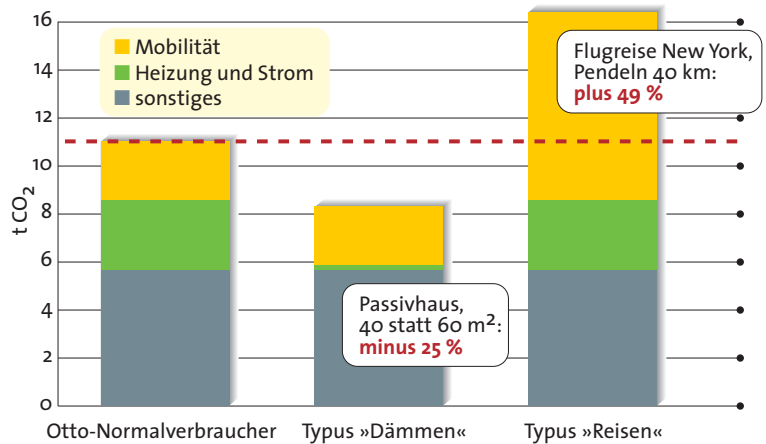
Wer viel Geld hat, hat im Allgemeinen einen höheren CO<sub>2</sub>-Ausstoß. (Das gilt übrigens auch für BUND-Mitglieder.) Insofern ist die Kompensationszahlung

Pro-Kopf-CO<sub>2</sub>-Ausstoß nach Ländern (2007)



Während sich die Länderwerte nur auf den Ausstoß von CO<sub>2</sub> beziehen, enthält die Zielmarke auch CO<sub>2</sub>-Äquivalente für alle übrigen Treibhausgase (Methan, Lachgas etc.) – vergleichbar allen CO<sub>2</sub>-Werten in diesem Beitrag.

### Beispielhafte Abweichungen vom durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß



»sozial«: Die Reichen zahlen mehr. Schließlich ermöglicht Ihre Geldspende den Aufbau CO<sub>2</sub>-armer Technologien in Entwicklungsländern, die von den Folgen des Klimawandels am stärksten betroffen sind. Der Einwand, man könnte nach einer Kompensationszahlung fortan auf weiteres CO<sub>2</sub>-Sparen verzichten, trifft auf Sie sicher nicht zu, oder?

#### • »Key Points« umsetzen

An guten Ratschlägen zum nachhaltigen Konsum herrscht kein Mangel. Mangel herrscht hingegen an Orientierung: Was sind eigentlich die wichtigsten Maßnahmen, die »Big Points« unseres (nicht) klimafreundlichen Konsums?

Erinnern wir uns: Das Ziel heißt unter 2 t CO<sub>2</sub> pro Person, also 9 t CO<sub>2</sub> weniger. Wir reden über Tonnen, nicht über Kilos. Doch keine Bange: Die zentralen Hebel für unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoß sind nicht nur bekannt, sondern ebenfalls »tonnenschwer«. Das betrifft die Größe der Wohnfläche und den Dämmstandard in Bezug auf den Heizenergieverbrauch, die Zahl der Fernreisen, die gefahrenen Autokilometer und den Treibstoffverbrauch des Autos bei der Mobilität. Dabei steigt in der Regel der CO<sub>2</sub>-Ausstoß mit dem Einkommen. Man wohnt in größeren Wohnungen, reist häufiger, leistet sich ein schwereres Auto und konsumiert mehr.

Das Problem: Nicht alle »Big Points« finden Freiwillige. Selbst BUND-Mitglieder halten wenig vom Umzug in eine kleinere Wohnung, vom Verzicht auf den Urlaub in fernen Ländern oder von Gehaltsverzicht. Aber das ist kein Grund, die Brötchen wieder kleiner zu backen. Denn es gibt auch »Big Points« mit Trendpotenzial und großen persönlichen Vorteilen – die »Key Points«, die den Schlüssel zum nachhaltigen Konsum darstellen.

#### Ihr Schlüssel zum Heldendasein

Wenn Sie Mieter sind, animieren Sie Ihren Vermieter zur energetischen Sanierung. Co2online.de unterstützt Sie dabei. Wenn es für das Passiv- oder Plusenergiehaus noch nicht reicht, beteiligen Sie sich an erneuerbaren Energien. Eine Investition von 10000 € in Windkraft erspart der Umwelt 11 t CO<sub>2</sub> pro Jahr und liefert womöglich eine gute Rendite. Wenn Sie so viel Geld nicht haben, eröffnen Sie ein Sparbuch bei einer Ökobank. Im Schnitt vermeiden Sie hier pro 1000 € Geldanlage rund 0,2 t CO<sub>2</sub> (im Vergleich zur konventionellen Bank). Wenn Sie weiter automobil sein wollen, ist Carsharing

das Richtige für Sie. Am besten nicht privat, sondern bei einer Carsharing-Organisation. Dort haben Sie größtmögliche Flexibilität und sparen sich Ärger mit Freunden. Wenn Ihnen Fleisch zu gut schmeckt, kaufen Sie »bio«. Das können Sie sich spätestens dann leisten, wenn Sie statt eines eigenen Autos auf Carsharing umgestiegen sind. Und vergessen Sie nicht Ihren Arbeitsplatz. Kleine Verbesserungen im Betriebsalltag führen schnell zu Einsparungen im Tonnenbereich.

Mit diesen »Key Points« kommen Sie noch nicht auf unter 2 t CO<sub>2</sub> »Eigenverbrauch«, aber Sie können diesen halbieren, ohne Ihr Leben ganz auf den Kopf zu stellen. Der gute Nebeneffekt: Ihre Kosten für die Kompensation werden deutlich geringer.

Setzen Sie deshalb »Key Points« um, bringen Sie sich selbst auf Kurs. Sie schwimmen damit nicht gegen den Strom, sondern dem Strom voraus. Wenn es heute noch nicht geht, dann spätestens morgen.

#### Sie können es besser

Als Klimaheld muss man nicht zum CO<sub>2</sub>-Buchhalter werden. CO<sub>2</sub>-Rechner sind eine Orientierungshilfe, keine Zwangsjacke. Dennoch brauchen Sie als Klimaheld klare Ziele. 9 t CO<sub>2</sub>-Einsparung pro Jahr lautet der Vorschlag. Das ist heldenhaft – aber warum bescheiden sein, wenn Sie es besser können?

Und Sie können es besser. Mit der richtigen Strategie. Der Dreiklang aus politischem Engagement, Kompensation und »Key Points« ist so eine Strategie. Quasi das Sprungbrett zum Klimahelden. Und auch Sie taugen zum Helden, ehrlich!

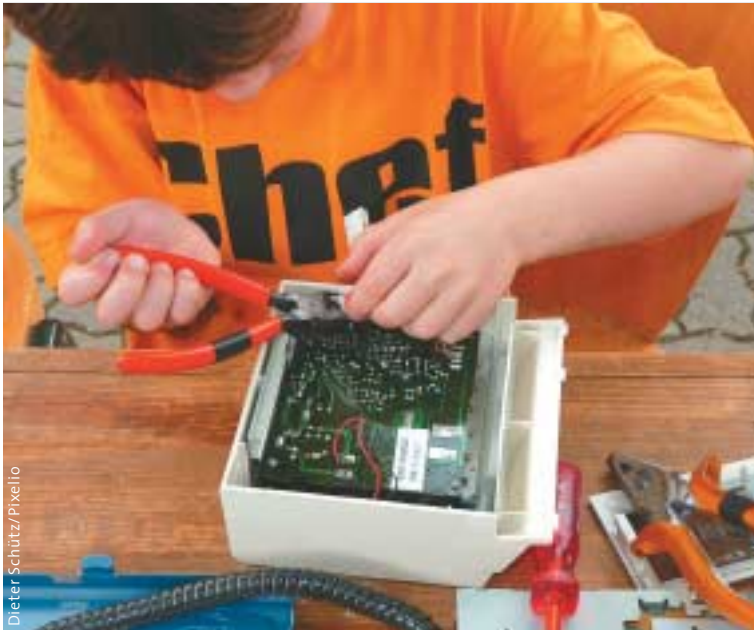
*Dr. Michael Bilharz*

*Der Autor des Buches »'Key Points' nachhaltigen Konsums« arbeitet seit 2008 im Umweltbundesamt, ist überzeugter Teilzeitvater, BUND-Mitglied und langjähriger Überzeugungstäter in Sachen nachhaltiger Konsum.*

► [info@keypointer.de](mailto:info@keypointer.de), [www.keypointer.de](http://www.keypointer.de)

# Strategien gegen Wachstumstreiber

Zwischenzeitlich verdrängt, kehrt die Wachstumsfrage in der Krise mit Wucht zurück: Wie die Welt vor wachsendem Ressourcenverbrauch schützen? Was ist von »qualitativem« Wachstum zu halten? Wie befreien wir uns vom Wachstumszwang? Ein Standpunkt des Wirtschaftsforschers Dr. Niko Paech.



Dieter Schütz/Pixelto

Etwas selber richten können – ein Ausdruck souveräner Selbstversorgung.

Längst ist bekannt, dass Ressourcenverknappung und Klimawandel dem Expansionsdrang moderner Konsumgesellschaften geschuldet sind. Trotzdem verbreiten Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft unbeirrt das Märchen vom »qualitativen«, »entkoppelten« oder »dematerialisierten« Wachstum. Manche nennen diese Zauberkunst auch »Green New Deal« oder »dritte industrielle Revolution«. Innovationen in Form nachhaltiger Produkte, Technologien und Infrastruktur sollen zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Einerseits wird die Ökologie geschützt, andererseits wird niemandem zugemutet, seine Selbstverwirklichungsansprüche oder Gewinnaussichten zurückzustellen. Das Ganze mutet wie eine magische Diät für Übergewichtige an: »Friss das Doppelte – und nimm ab dabei!«

## Belastender Fortschritt

Längst überrollen uns immer höhere Fortschrittswellen. Doch anstelle einer ökologischen Entlastung tritt das Gegenteil ein. Dies gilt auch für die beiden Flaggschiffe der ökologischen Modernisierung, nämlich die Digitalisierung und die erneuerbaren Energien. Propagiert wurden Visionen wie das papierlose Büro oder eine kommunikationstechnologisch gestützte Informationsgesellschaft, welche material- und transportintensive Wertschöpfungsprozesse ablösen soll.

Welchen zusätzlichen Energieverbrauch aber verursachen allein YouTube, MySpace, Second Life, eBay, Google und Konsorten? Wie viele Materialströme und Elektroschrottgebirge entstehen, weil wir unser Leben lückenlos mit elektronischen Endgeräten und »virtuellen« Services vollstopfen? Werden so Flugreisen, Autofahrten, Konsumgüter und Gebäude überflüssig – oder wird die Nachfrage damit überhaupt erst entfacht?

»Qualitatives« Wachstum ist erstens nie materiellos. Zweitens ersetzt es das bisherige quantitative Wachstum nicht, sondern verleiht ihm buchstäblich Flügel. Es sind gerade die Wissens- und Kreativitätsschübe, welche der material- und energieintensiven Wertschöpfungsmaschinerie neue Spielräume zur Expansion eröffnen. Qualitatives und quantitatives Wachstum sind keine Alternativen, sondern untrennbare, einander verstärkende Triebkräfte. Das gilt selbst dann, wenn es sich bei ersterem um Innovationen im Bildungs- oder Gesundheitssystem handelt.

## Kein Strukturwandel durch Erneuerbare

Wie absurd die Vorstellung eines qualitativen bzw. grünen Wachstums ist, zeigt auch die flächendeckende Nutzung regenerativer Energien. An Weihnachten 2009 sank der Preis an der Leipziger Strombörse auf unter Null. Dieser umweltökonomische Super-GAU – wer soll Energie sparen, wenn Verschwendung bezahlt wird? – ist nur ein weiteres Indiz dafür, dass der Ausbau regenerativer Energien die Strukturen nicht ändert, sondern aufbläht. Der ökologische Strom wird schlicht zum sonstigen Angebot addiert, anstatt dieses zu ersetzen. Das wachsende Elektrizitätsangebot speist indes eine gnadenlose Aufrüstung der Haushalte und Arbeitsplätze mit »Energiesklaven« jeglicher Art. Insofern sind die Erneuerbaren ein echter Wachstumsgarant.

Zugleich verkörpern sie das tragische Scheitern der Aussöhnung von Wachstum und Nachhaltigkeit. Windpark, Biomassekraftwerk oder Solaranlage tragen nur zur CO<sub>2</sub>-Senkung bei, wenn die Produktion fossiler Anlagen im Umfang der zusätzlichen Endenergie reduziert, also gegen sauberen Strom ausgetauscht wird. Doch entspräche dies keinem Wachstum, sondern bestenfalls einem Nullsummenspiel. Vielleicht verliert der Kohlesektor durch den Rückbau (ohne den Klimaschutz undenkbar ist) sogar mehr Wertschöpfung und Arbeitsplätze, als die Erneuerbaren neu schaffen. Daher gilt: Regenerative Energien tragen zum Wachstum oder zum Klimaschutz bei, nicht aber zu beidem gleichzeitig. Im Übrigen entspräche eine solche Ener-

giewende selbst dann, wenn dieser Strukturwandel tatsächlich gelänge, nur der Verlagerung ökologischer Probleme von einem Umweltmedium in ein anderes. Der immense Flächen- und Landschaftsverbrauch, Eingriffe in die Biodiversität etc. sprechen Bände.

### Die Kunst der Reduktion

Einmal mehr wird deutlich: Nachhaltige Entwicklung, die diesen Namen verdient, kann kein Projekt des zusätzlichen Bewirkens, sondern nur eine Kunst der Reduktion sein. In diesem Sinne zielt eine Postwachstumsökonomie darauf, Expansionszwänge zu überwinden. Deren wichtigster besteht in einem Lebensstil, der vollständig von geldvermittelter und global arbeitsteiliger Fremdversorgung abhängig ist. Vormalig wurden Bedürfnisse durch handwerkliche Tätigkeiten, Eigenarbeit, Subsistenz, lokale Versorgung und soziale Netzwerke befriedigt, oder es wurde ihnen schlicht mit Entsagung begegnet. Werden sie heute Zug um Zug durch Produkte, Dienstleistungen und Komfort generierende Automatisierung und Mechanisierung abgedeckt, ist die Existenzsicherung schicksalhaft einer geldspeisenden Wachstumsmaschine ausgeliefert. Die zunehmende Spezialisierung bedingt eine immer größere Distanz zwischen Verbrauch und Produktion. Damit steigt die Anzahl der Wertschöpfungsstufen, deren Investitions- und damit Kapitalbedarf zur Notwendigkeit ökonomischen Wachstums beiträgt.

### Zwei Strategien

Gegen solche ökonomischen und kulturellen Wachstumstreiber helfen zwei sich ergänzende Strategien, auf denen die Postwachstumsökonomie beruht. Zunächst geht es um den Eintritt in ein Zeitalter der Entrümpelung und Entschleunigung. Von welchen Energiefressern und Komfortkrücken, die uns geldabhängig und hilflos machen, können wir uns frei machen? Derzeit verzetteln wir uns in einer reizüberfluteten Konsumsphäre, die unsere knappste Ressource aufzehrt, nämlich Aufmerksamkeit. Durch den Abwurf von Wohlstandsballast können wir uns stressfrei auf das Wesentliche konzentrieren, statt im Hamsterrad der käuflichen Selbstverwirklichung zusehends orientierungslos zu werden.

Die zweite Strategie besteht darin, einen individuellen Kompromiss zwischen Fremd- und Selbstversorgung zu finden. Wer lediglich 20 Stunden dem Gelderwerb nachgeht, kann die andere Hälfte seiner Kreativität dem Handwerk, der Kindererziehung, der Nachbarschaftshilfe, der Mitwirkung im Community Garden, der Pflege und Reparatur von Konsumgütern, dem Gemeinwesen etc. widmen. Urbane Subsistenz heißt, sich souverän der schicksalhaften Abhängigkeit von globaler Fremdversorgung zu entziehen.

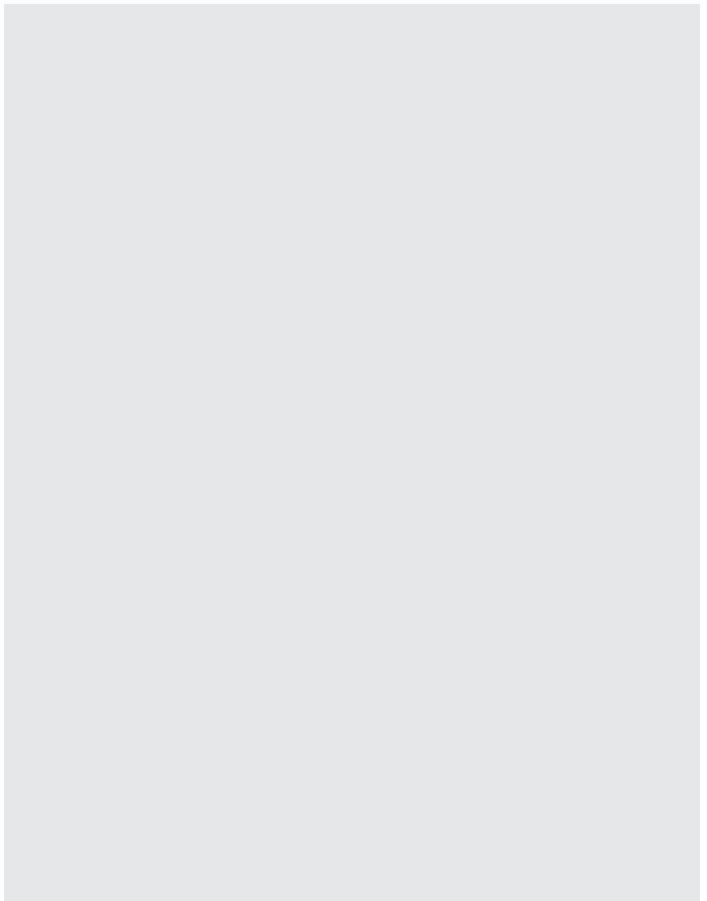
Infolge beider Strategien bräuchte der auf Geldwirtschaft und industrieller Arbeitsteilung basierende Komplex nur noch halb so groß zu sein. Zudem wäre er so umzugestalten, dass die Neuproduktion von Gütern – die viel langlebiger und reparaturfreundlicher sein müssten – eher eine untergeordnete Rolle spielt. Der Fokus läge auf der Erhaltung, Um- und Aufwertung vorhandener Produktbestände und Infrastrukturen, etwa durch Renovation, Konversion, Optimierung, verlängerte Nutzungsdauer oder intensivere Nutzung. Wenn dann noch Elemente einer Geld- und Bodenreform sowie die Orientierung an individuellen CO<sub>2</sub>-Bilanzen hinzukommen, wird ein Schuh daraus – mit minimalem ökologischem Abdruck, versteht sich.

*Dr. Niko Paech*

*... arbeitet am Lehrstuhl für Produktion und Umwelt der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg.*

► [niko.paech@uni-oldenburg.de](mailto:niko.paech@uni-oldenburg.de)

Anzeige



# Fleisch oder nicht Fleisch

Soll Fleisch auf den Tisch oder nicht? Was kochen, wenn Freunde zum Essen kommen? Was den Kindern vorgesetzt, was in der neuen Saison grillen? Vegetarisch? Oder vegan, also ganz ohne tierische Zusätze? Oder doch wenigstens Geflügel, das als »leicht« und wenig klimaschädlich gilt?



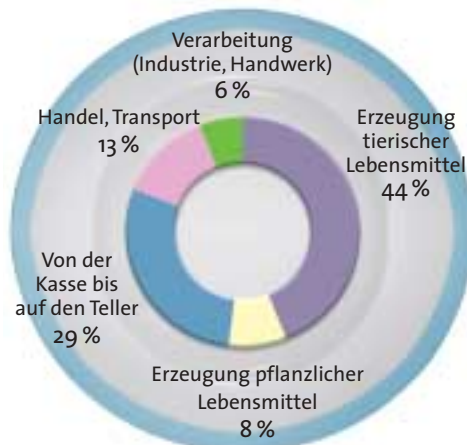
Weidekühe: In der Sude-Aue hält der BUND Niedersachsen neben anderen bedrohten Rassen das Deutsche Schwarzbunte Niederungsgrind.

**O** b und welches Fleisch wir essen, ist zunehmend ein Indikator für Lebensstil und Bewusstsein. So wissen wir aus zahlreichen Studien, dass »der« Vegetarier mehrheitlich eine Frau und gut gebildet ist. Viele Menschen essen zudem aus Gründen des Tierschutzes kein Fleisch, weil sie die Tötung von Tieren ablehnen.

Die Fleischesser sind weniger gut eingrenzbar und daher weniger beschrieben. Bekannt sind dagegen die Gesundheitsprobleme unserer Gesellschaft in Folge des weitverbreiteten Überkonsums tierischer Proteine und Fette. Global übersteigt heute die Zahl der Übergewichtigen die Zahl der Hungernden. Eine makabre Bilanz. Zumal das Eiweißfutter für die Tierhaltung in unseren Ställen überwiegend aus Südamerika und

## CO<sub>2</sub>-Emissionen im Bereich »Ernährung«

Am meisten Treibhausgase sparen wir rund ums Essen, wenn wir weniger Fleisch verzehren. Die zweitgrößte Quelle von CO<sub>2</sub> bilden wir Verbraucher: vom Einkauf übers Kühlen und Zubereiten der Lebensmittel bis zum Geschirrspülen und zur Heizung von Küche und Esszimmer. (aus Körber et al., 2007)



Südostasien stammt, und damit aus Ländern, die – statt die lokale Lebensmittelversorgung zu sichern – lieber gut zahlenden internationalen Futterhändlern Sojaflächen in großem Stil zur Verfügung stellen.

Die Mehrheit der Hungernden lebt auf dem Land. Weil die Nachfrage nach Futtermitteln und Agrosprit weltweit wächst, reißen ihnen die vielen Konflikte um Land (bis hin zum Landraub) buchstäblich den Boden unter den Füßen weg. Neben ihrem Grund verlieren Kleinbauern auch Absatzmärkte für Milch und Fleisch wegen subventionierter Billigexporte aus Europa.

## Sinnvoll: Weidefleisch

Vom Leid der Hungernden unbeeindruckt, fördert Agrarministerin Ilse Aigner die deutschen Fleisch- und Milchexporte 2010 mit zehn Mio. Euro – mehr denn je. Die Fleisch- und Milchmärkte in Europa sind gesättigt, die Überproduktion ist erheblich, entsprechend wenig erhalten die Bauern für ihre Ware. Wachstum ist aus Sicht der Industrie nur im Export möglich. Dazu sollen andere Länder ihre Zölle senken. Die strategisch dazu nötige Aufstockung der Agrardiplomaten und Messeauftritte finanziert Aigner mit ihrem Haushalt. Zudem fördern direkte Subventionen aus Brüssel die Dumpingexporte auf Kosten der Hungernden.

Also doch einem Antrag der BUNDjugend folgen, die auf der letzten Bundesdelegierten-Versammlung des BUND forderte, die Verköstigung ganz auf fleischlos umzustellen? Dafür spricht die Klimabilanz von Fleisch. Insgesamt stammt rund ein Fünftel der Treibhausgase, die jeder von uns im Schnitt verursacht, aus der Ernährung. Wer fleischlos glücklich ist, kann diese Klimaemissionen fast halbieren. Andererseits bekommen unsere Delegierten seit Jahren Fleisch von Neuland- und Biobauern serviert. Damit ist gesichert, dass die Tiere ohne Gentechnik und überwiegend mit heimischem Futter versorgt werden – und Auslauf meist auf Weiden genießen. Hier liegt der Knackpunkt: Wiesen und Weiden – kurz Grünland – speichern in ihrer Wurzelmasse enorme Mengen Kohlenstoff auf lange Zeit. Die FAO (UN-Organisation für Landwirtschaft) bezeichnet sie als mindestens ebenso wichtigen CO<sub>2</sub>-Speicher wie den Wald.

Wiesen und Weiden sind gleichzeitig die artenreichsten Agrarbiotope. Jedoch nur, wenn das Gras hin und wieder abgeweidet oder gemäht wird, denn sonst würde Grünland in unseren Breiten rasch verbuschen. Da wir Menschen Gras nicht direkt verwerten können, ist die artgerechte Haltung von Tieren auf Wiesen und Weiden eine höchst sinnvolle Nutzung. Wie Grünland

energetisch zu nutzen ist, ohne die Artenvielfalt zu schmälern, wird noch erprobt. Klar, es gibt noch Kräuterwiesen, die gemäht und zu Kräuterheukissen oder Kaninchenfutter verarbeitet werden. Doch das ist für die rund sechs Millionen Hektar Grünland in Deutschland keine Perspektive.

### Geflügel keine Alternative

Doch wie ist das mit Geflügel? Glaubt man der Werbung von Wiesenhof und anderen Anbietern, so sind »Chicken Nuggets« etc. der reinste Klimaschutz: Geflügelmast benötige weniger Fläche und verursache viel weniger Treibhausgase als etwa die Rindermast. Auf Markengeflügel prangen zudem viele »D«: Brüterei, Maststall, Futtermühle und Schlachthof sind demnach in Deutschland angesiedelt. Alles heimisch und also unbedenklich?

Leider nein. So werden bei Puten Zuchtlinien von EU-Nachbarn ausgebrütet, die unter das deutsche Qualzuchtverbot fallen. Die Aufzucht mit bis zu 24 Masthühnern pro Quadratmeter (etwa die Maße einer Duschwanne) ist nichts für Zartbesaitete. Viele Tiere liegen mit kranken Gelenken auf ihrem Mist, der gerade an der überzüchteten Brust Wunden und Blasen ätzt. Und auch wenn Wiesenhof sein Hühnerfutter hierzulande mahlt, stammen die Proteine zu über 70 Prozent von Plantagen in Urwaldgebieten. Dort trägt vor allem der Sojaanbau für Europas Massentierhalter zu Landkonflikten und zur Abholzung der Wälder bei. Die billigen Eiweißimporte verdrängen heimische Eiweißträger wie Klee gras, Ackerbohnen, Erbsen und Lupinen binnen weniger Jahrzehnte weitgehend von unseren Äckern. Fazit: (Konventionelle) Hähnchenbrust und Geflügelgrillwurst sind mitnichten geeignet, unser Gewissen beim Fleischessen zu entlasten.

### Weniger Tiere – und die ins Grüne

Der BUND bietet auf die Frage nach dem Fleischkonsum kein einfaches Ja oder Nein. Unsere Botschaft lautet: Wir müssen viel weniger Fleisch essen – und wenn, dann das richtige. Gut für die Biodiversität und sehr gut vereinbar mit dem Klimaschutz sind Weidefleisch und Weidemilch. Achten Sie daher auf die Gütezeichen der Bio-Anbauverbände und von Neuland. Auch »faire Milch« ist zu empfehlen. Sie stammt zwar aus konventioneller Landwirtschaft, wird aber ohne Gentechnik und unter Nutzung von Grünland erzeugt. Dafür erhalten Faire-Milch-Bauern rund 40 Cent je Liter Milch statt der 26 bis 28 Cent, die Molkereien derzeit zahlen.

Weil mehr und mehr Milch und Fleisch für den Export produziert wird, reicht es nicht aus, allein unser Konsummuster zu ändern. So boomt hierzulande der Stallbau für Massentierhaltungen, obwohl unser Fleischkonsum stagniert. Viele unserer Gruppen wehren sich vor Ort gegen neue Megaställe. Der BUND setzt sich für eine tief greifende Agrarreform in Brüssel ein, mit weit höheren Standards für Umwelt und Tierschutz.

In Deutschland hat die CDU-geführte Bundesregierung seit 2005 wichtige Standards im Baurecht, in der Düngeverordnung und im Tierschutz aufgeweicht und den industriellen Tierproduzenten so den Weg geebnet. Der BUND fordert diese Standards wieder deutlich anzuheben.

*Reinhild Benning (BUND-Agrarexpertin) und  
Jochen Dettmer (Sprecher des Arbeitskreises Landwirtschaft)*

Übrigens: Jede Milchkuh bekommt ein Kalb pro Jahr, jedes zweite Kalb ist männlich. Weibliche Kälber werden als Milchkühe meist erst am Lebensende zu Fleisch gemacht; Bullenkälber dagegen mästet man 15 bis 20 Monate zur Schlachtreife. Daraus folgt: Die Produktion von Milcherzeugnissen und die Produktion von Fleisch sind zwei Seiten einer Medaille.

# Natürliche Verbündete?

»Klimawandel – Lebenswandel«: Unter diesem Motto lädt Deutschlands größte evangelische Landeskirche ihre Mitglieder und Gemeinden 2011 dazu ein, im Alltag eine ökologischere Gangart zu probieren. Ralf-Uwe Beck, mehrere Jahre stellvertretender BUND-Vorsitzender, bereitet diese Kampagne mit vor.

»Die Nutzung der Atomenergie setzt den fehlerlosen Menschen voraus, den es nach christlichem Verständnis nicht gibt. Atomkraftwerke können keine Zukunft haben.« Solche Sätze dürften BUND-Mitgliedern runtergehen wie Bio-Öl. Sie stammen von Ilse Junkermann, Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, kurz: EKM. (Diese jüngste der 22 evangelischen Gliedkirchen – eine Fusion der beiden größten Landeskirchen Thüringens und Sachsen-Anhalts – gibt es erst seit 2009; sie soll hier als Beispiel dienen.) Nur fünf Wochen nach ihrem Amtsantritt hat sich die Bischöfin im vergangenen Herbst in die Atomdebatte eingemischt und gegen längere Laufzeiten für Atomkraftwerke ausgesprochen. Darauf schlug ihr aus den eigenen Reihen etlicher Unmut entgegen. Sie solle sich doch besser um dieses oder jenes kümmern, anstatt Politik zu treiben. Dabei vertritt die Bischöfin nur, was Beschlusslage ist.

Die Thüringer Landessynode, das Kirchenparlament, beschloss schon vor 15 Jahren: »Die weitere Nutzung der Atomenergie ist vor dem Hintergrund der bekannt gewordenen Reaktorkatastrophen, der Folgen des Uranabbaus und der ungeklärten Atommülllagerung nicht verantwortbar.« Ähnlich deutliche Beschlüsse gibt es in der mitteldeutschen Landeskirche zum Energiesparen, zum Einsatz von Recyclingpapier oder dazu, Kirchen nachts nicht mehr anzustrahlen.

## Alle Christen Umweltschützer?

Kirche und Umweltschutz – das klingt ganz selbstverständlich so, als gehörte es zusammen. Fast ist man geneigt, mit Franz Alt zu meinen: »Im Geiste Jesu müssen nicht alle Umweltschützer Christen, aber alle Christen Umweltschützer sein.« Dennoch: Es gibt kein selbstverständliches ökologisches Tun, das den Gemeinden in Fleisch und Blut übergegangen wäre. Am ehesten gelingt konsequenter Umweltschutz noch, wenn er ins Verwaltungshandeln implementiert wird. So hat sich ein Beschluss der Thüringer Synode in den Pachtverträgen niedergeschlagen: Kirchenland wird nur unter der Bedingung verpachtet, dass kein gentechnisch verändertes Saat- und Pflanzgut ausgebracht wird. Gleiches gilt für Klärschlamm. Beschlüsse aber, die angewiesen sind auf das Engagement Einzelner oder der Gemeinden, münden nicht automatisch in ein konsequenteres Tun. Auch nicht, wenn sie vom obersten Organ demokratisch beschlossen wurden. So führte der Beschluss zur Atomenergie nicht etwa zu einem

Stromwechsel bei den Einrichtungen der Landeskirche, schon gar nicht bei der Mehrzahl der Kirchengemeinden. Kaum ein Gedanke daran, dass der Gesang des Kirchenchores sich (in Gottes Ohr) schöner anhören könnte, würden die Lampen im Kirchenschiff nicht mehr mit Atomstrom brennen. Auch der Beschluss zum Recyclingpapier wird beharrlich ignoriert, wenn er überhaupt bekannt ist: Neun von zehn Gemeindebriefen werden auf Normalpapier gedruckt. Das sind keine Kinkerlitzchen. Die 880 000 Mitglieder der EKM werden fast flächendeckend mit Gemeindebriefen versorgt. Das macht im Jahr rund zehn Millionen A4-Bögen.

Die Kirchen verfügen – anders als die Umweltbewegung – über große eigene Potenziale. Bundesweit hat die evangelische Kirche 75 000 Gebäude, davon 21 000 Kirchen und Kapellen, fast 6 000 diakonische Einrichtungen, mehr als 1 100 Schulen, über 8 000 Kindertagesstätten, große eigene Fuhrparks, unzählige Verwaltungen. Damit ließen sich ohne Ende ökologische Modelle realisieren. Freilich: Es gibt sie, die guten Beispiele, doch nicht in der Fläche. Es sind Anfänge, immerhin.

Der BUND arbeitet daran, seine Präsenz in der Fläche auszuspielen. Die Kirche muss dies erst denken lernen. Die Schöpfungsbewahrung taugt allerorten für die Sonntagsreden von den Kanzeln, weist aber nur in wenigen Gemeinden und Einrichtungen wirklich und selbstverständlich das Handeln.

Wie überall in der Gesellschaft braucht es auch in der Kirche umweltengagierte Menschen mit langem Atem, bereit, in Gemeindevorständen und Synoden für kreativen Wirbel zu sorgen. Und das ist heute zumindest leichter als noch vor ein oder zwei Jahrzehnten.

## Der Anspruch wächst

In der Verfassung der neu gegründeten EKM ist der Umweltschutz als Aufgabe und Auftrag festgeschrieben: »Sie setzt sich im Vertrauen auf Gottes Verheißung ein für die Bewahrung der Schöpfung und die Gestaltung des Lebens in der einen Welt in Gerechtigkeit und Frieden.« Für die, die das Gras wachsen hören, sind solche Verfassungsartikel und Synodenbeschlüsse gute Rückendeckung, in ihrer Kirche etwas zu bewegen, mehr Verbindlichkeit zu erreichen. Wer sich vorwagt und den Mund aufmacht für die Stummen, eintritt für die gute Schöpfung Gottes, wird nicht mehr belächelt und muss nicht mehr um Gehör kämpfen. Das hat sich wirklich geändert. Noch vor 20 Jahren war mir als kirchlichem Umweltbeauftragten die Begleitung eines Hilfs-



Es geht doch  
400 qm Solar-  
anlage auf dem  
Dach der Martin-  
Luther-Kirche in  
Seckenhausen  
(Kreis Diepholz).

transportes nach Tschernobyl als Dienstreise mit der Bemerkung versagt worden, was denn Tschernobyl mit Umwelt zu tun habe. Die Umweltgruppen in der Kirche mussten ihren Platz erst behaupten. Heute wird das Engagement geschätzt – und ist gefragt. 20 Jahre nach dem Mauerfall würdigte die Kirchenleitung, »wie mutig und konsequent sich Menschen in den Kirchengemeinden und Basisgruppen eingesetzt haben. Dieses Engagement hat die Gesellschaft wie auch die Kirche aufgerüttelt und belebt. ... Die Lebens- und Überlebensfragen verlangen auch heute nach einem mutigen und konsequenten Engagement. Die Erfahrungen aus dem Herbst 1989 sind dabei Bestärkung.« Hören Sie den selbstkritischen Unterton? Der Anspruch der Kirche an sich selbst wächst in Sachen Umweltschutz.

### Die neue Kampagne

Das ist mehr, als wir von Sonntagsreden gewohnt sind. Und die Steilvorlage für die nächste Kampagne der EKM – ja, Sie lesen richtig: Kampagne. Die Landeskirche setzt damit alle zwei Jahre einen Schwerpunkt – mit dem Anspruch, möglichst mit allen 3300 Kirchengemeinden für ein konkretes Ziel an einem Strang zu ziehen. Die neue Kirche hat sogar eine Kampagnerin angestellt – ein Novum in der deutschen evangelischen Kirche. »Klimawandel – Lebenswandel«, so der Arbeitstitel. In der Vorbereitungsgruppe geht seit Monaten ein Scheckheft der BUNDjugend von Hand zu Hand: eine Handlungsanleitung zum Energie- und CO<sub>2</sub>-Sparen, die – lang ist es her – Material für eine Wettaktion mit Schulen war. Das könnte ein Muster sein für die Kirchenkampagne: Ein Scheck für die Umstellung von Mineralwasser auf den Krug Leitungswasser. Bei über 9000 EKM-Veranstaltungen jährlich dürfte das etliche Lkw-Ladungen Wasserkästen sparen. Ein Scheck für die Aktionswoche »Zu Fuß in den Kindergarten«, einen

für die fleischlose Woche in der Schulkantine, einen für den Stromwechsel. Alle Aktionsvorschläge sollen sich berechnen lassen in CO<sub>2</sub>-Einsparung, sich summieren und schließlich messen lassen an einem Einsparziel für die Kampagne.

### Kirche und BUND

Fragen des Lebensstils lassen sich im politischen Raum nur schwer stellen. Der Kirche wird niemand die Frage verwehren, ja sie wird sogar von ihr erwartet: Wie viel Erde braucht der Mensch? Was brauchen wir, um glücklich zu sein? Wie wir leben, leben wollen und leben sollten, nicht nur jeder für sich, sondern wir alle auf dieser Erde, gemeinsam – das hat auch eine geistliche Dimension. Wer einmal den geistlosen inneren Schweinehund überwunden und Ballast abgeworfen hat, kann Lebensfülle jenseits des Konsums entdecken.

Die BUND-Gruppen und Landesverbände können den Kirchen zu einem ökologischeren Engagement aufhelfen. Sie können sie beim Wort ihrer Verfassungsartikel und Beschlüsse und auch beim biblischen Wort nehmen. Sie können ihre Erwartungen an die Kirche formulieren. Am wirksamsten aber ist es, sie zur Mitarbeit an konkreten Projekten einzuladen, im kommunalen Raum, aber auch auf Landes- und Bundesebene. Nur Mut – Kirche kann mitunter mehr bewegen, als man glaubt.

Ralf-Uwe Beck

... war von 1989 bis 2002 ehren- und hauptamtlicher Umweltbeauftragter der Thüringer Landeskirche; heute leitet er die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der EKM. Beck hat 1990 den BUND Thüringen mit gegründet und war bis 2000 dessen Landesvorsitzender, seitdem ist er Ehrenvorsitzender. Fast ebenso lang war er stellvertretender Bundesvorsitzender des BUND.

Anreize für mehr Klimaschutz

# Freie Wahl für freie Bürger?

Die Freiheit, wählen zu können, ist ein hohes Gut. Doch uneingeschränkte Wahlfreiheit zerstört die natürlichen Lebensgrundlagen kommender Generationen und damit ihren Spielraum für eigene Entscheidungen. Die Politik muss hier die richtigen Anreize geben.



**BUND-Protest**  
Als zweiter Wirtschaftsminister in Folge verweigert Guttenberg 2009 das nun unter Brüderle endgültig gescheiterte Effizienzgesetz.

**W**ir haben akzeptiert, dass die freie Wahl, unange-schnallt Auto zu fahren oder in der Öffentlichkeit Waffen zu tragen, dem Gemeinwohl nicht dienlich ist. Wir wissen auch, dass wir rasch unseren Energieverbrauch senken müssen, und dass dies bedeuten kann, sich von lieb gewonnenen Gewohnheiten verabschieden zu müssen. Wer aber will sich vorschreiben lassen, welches Auto er fahren oder wie groß der Fernseher sein darf? Der Verlust von Wahlfreiheit schmerzt hier mehr als die abstrakte Bedrohung eines künftigen Klimawandels. Entsprechend zaghaft agiert die Politik. Doch sie kann und muss Maßstäbe für eine weniger verschwenderische Lebensweise setzen.

## Beschränkt – und befreit

Gesetzliche Mindestvorgaben zielen darauf, die ineffizientesten Produkte vom Markt zu nehmen. Ohne eigenen Aufwand werden Menschen so vor dem Kauf der schlimmsten Stromfresser geschützt. Einschränkung kann also befreiend sein. Mit ihrer »Ökodesignrichtlinie« etabliert die EU in diesem und den kommenden Jahren Effizienzstandards für bisher rund zwanzig Produktgruppen: Kühlgeräte, Fernseher, Lampen oder auch Heizkessel. Das Maßnahmenpaket hätte das Potenzial, so viel CO<sub>2</sub> einzusparen, wie alle europäischen Autos ausstoßen. Japan macht es vor: Dort ist man so frei, die effizienteste Technik am Markt – »Top-Runner« genannt – einfach als Standard für die kommenden Jahre zu definieren und so einen Großteil der Klimaziele von Kyoto zu erfüllen.

Doch die EU greift zu kurz. Ein bürokratisches Monstrum hinkt hier der technischen Entwicklung hinterher. Nach umfassenden Studien und zähen Verhandlungen speit dieses nach und nach Verordnungen aus, die bei Inkrafttreten bereits deutlich an Biss verloren haben. Vor allem der Widerstand der Industrielobby hält Brüssel im Zaum. Droht das Ende einer Dinosauriertechnologie, schlagen die kurzsichtigen Apologeten des freien Wettbewerbs zuverlässig Alarm. Dabei ist Energieeffizienz ein wichtiger Motor für Innovationen und Beschäftigung.

## Gute Entscheidungen für alle

Allerdings: Gute Standards allein können den Trend zu immer mehr und größeren Geräten nicht umkehren. Um ihre teils Jahrzehnte alten Großgeräte gegen sparsame neue Modelle austauschen zu können, brauchen gerade Menschen mit weniger Geld Hilfe. Eine flächendeckende Vor-Ort-Beratung könnte Mieterhaushalte unterstützen, die ärgsten Energiefresser zu identifizieren und rasch zu entsorgen – flankiert von einer staatlichen »Abwrackprämie«.

Der Handel sollte verpflichtet werden, die Stromkosten über die ganze Lebensdauer eines Gerätes genauso klar darzustellen wie vermeintliche Schnäppchenpreise. Monatliche und transparente Stromrechnungen würden helfen, sich auch im Alltag für eine sparsame Nutzung zu entscheiden.

Schließlich wäre es sinnvoll, die Verbraucher besser in politische Entscheidungen einzubeziehen. So stößt das allmähliche Verbot der Glühlampe auf einiges Unbehagen. Hier ist Überzeugung gefragt, um theoretische Potenziale auch tatsächlich zu erschließen.

Die Bundespolitik kann also viel dazu beitragen, dass wir Verbraucher umweltfreundliche Entscheidungen treffen. Doch Glos, Guttenberg und zuletzt Brüderle sind als Wirtschaftsminister daran gescheitert, ein starkes Energieeffizienzgesetz auf den Weg zu bringen. In dem für diesen Herbst angekündigten Energiekonzept muss sich die Regierung endlich entscheiden, wie ernst sie ihre Klimaziele nimmt.

*Thorben Becker und Christian Noll*

... sind die Energieexperten des BUND.

Mehr zur EU-Richtlinie ► [www.bund.net/oekodesign](http://www.bund.net/oekodesign)